

Reso Verwaltungsgebühren

Fachschaften der Uni Kiel

April 2025

Resolution: Verwaltungsgebühren in Schleswig-Holstein verhindern

Das Land Schleswig-Holstein möchte in ihrem Hochschulgesetz den Paragraphen 41a einfügen, nach welchem bei Einschreibung und Rückmeldung an einer Hochschule ein Betrag von 60 € erhoben werden soll. Somit kommt es zu einer Steigerung des Semesterbeitrags um diesen Betrag. Zusammen mit der im Wintersemester 2025/2026 einzuführenden Erhöhung des Preises für das Deutschlandsemesterticket um 32,40 € sowie der zum Sommersemester 2026 geplanten Erhöhung des Beitrages zum Studierendenwerk um 10 € steigt der Semesterbeitrag in Schleswig-Holstein im nächsten Jahr um 102,40 € an. Dies ist selbstredend eine große finanzielle Belastung für die Studierendenschaft.

Etwa ein Drittel der Studierenden ist bereits jetzt akut armutsgefährdet. Chancengleichheit im Zugang zu Bildung und Lehre ist mit der Einführung einer Verwaltungsgebühr noch stärker bedroht. Hinzu kommt, dass im aktuellen Gesetzesentwurf keine Härtefallregelungen vorhanden sind. Aufgrund der geplanten Gebühren wird das Studium in Schleswig-Holstein unattraktiver, folglich werden die Studierendenzahlen weiter zurückgehen. Dies wird die Wirtschaft und das Land negativ beeinflussen.

Wir fordern Sie auf, sich mit den Studierenden in Schleswig-Holstein zu solidarisieren und keine Verwaltungsgebühren zu erheben. Wir fordern, dass die Haushaltslücken im Land Schleswig-Holstein nicht auf den Rücken der Studierendenschaft ausgetragen werden. Diese Forderungen sollen nicht zu Kürzungen in anderen sozialen Bereichen oder zu Ausspielung dieser führen.